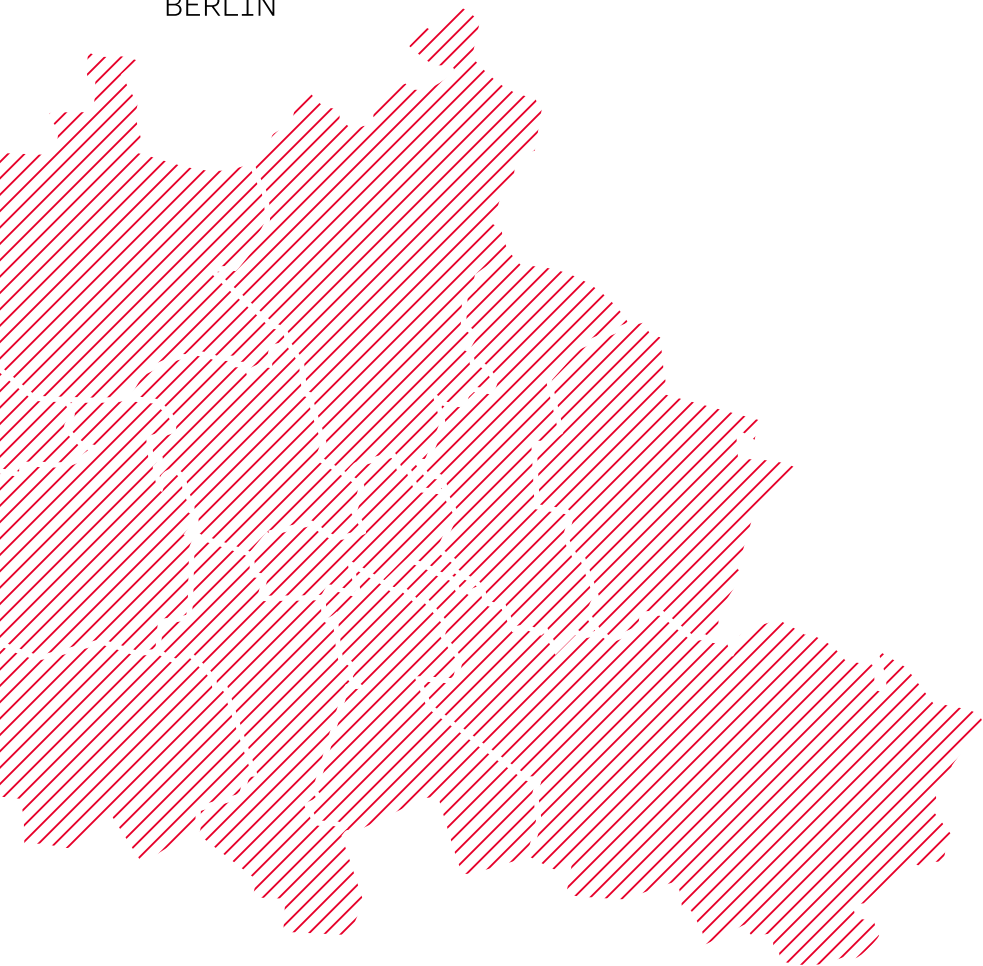


ARCHITEKTEN  
KAMMER  
BERLIN



POSITIONEN  
DER ARCHITEKTEN-  
KAMMER BERLIN

WAHLEN BERLIN 2021



# ARCHITEKTENKAMMER BERLIN ZUR WAHL 2021

---

Im September 2021 wählt Berlin ein neues Abgeordnetenhaus und zwölf Bezirksverordnetenversammlungen. Welche Positionen vertritt die Architektenkammer Berlin? Welche Erwartungen haben ihre Mitglieder an die Parteien, die sich zur Wahl stellen und an alle, die kandidieren?

Unsere Positionen berühren Bau-, Klima- und Verkehrspolitik. Viele betreffen mehr als ein Ressort. Umso wichtiger ist es, Berlins Verwaltungen strukturell stärker zu verzahnen und – für eine wirklich integrierte Planungs-, Bau- und Entwicklungspolitik – die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz zusammenzuführen.

**9.602** Mitglieder sind bei der  
Architektenkammer Berlin eingetragen  
davon

**8.619** Architektinnen und Architekten

**572** Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten

**209** Innenarchitektinnen und Innenarchitekten

**303** Stadtplanerinnen und Stadtplaner



## INHALT

---

<b>1. Klima</b>	<b>06</b>
<b>2. (Wohn-)Quartiere mit Qualität</b>	<b>08</b>
<b>3. Verkehrsverbindungen und Mobilität ausbauen</b>	<b>10</b>
<b>4. Bodenpolitik</b>	<b>12</b>
<b>5. Berlin und Brandenburg</b>	<b>13</b>
<b>6. IBA Berlin-Brandenburg</b>	<b>15</b>
<b>7. Qualität braucht Kompetenz</b>	<b>16</b>
<b>8. Planung ist wertvoll</b>	<b>18</b>

# 1. KLIMA

## Den Klimaschutz in der Baukultur verankern!

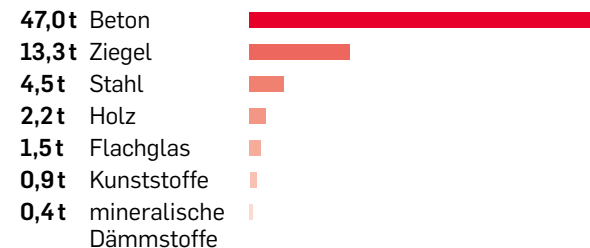
Die Stadtstruktur resilient, ressourcenschonend und klimagerecht durch CO<sub>2</sub>-Neutralität im Bestand wie im Neubau weiterzuentwickeln, ist eine zentrale Voraussetzung, um die Klimaschutzziele Berlins zu erreichen. Nachhaltige Baukultur erfordert, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ziele über den gesamten Lebenszyklus der gebauten und genutzten Lebenswelt umzusetzen.

- Den Wert der im Bestand gebundenen grauen Energie erkennen und nutzbar machen! Ertüchtigung ist besser als Abriss und Rückbau.
- Erst planen, dann fördern! Nachhaltigkeit verlangt Nachdenken und Abwägen vor dem Bauen.
- Berlin sollte sich an der Entwicklung und Erprobung neuer Technologien, der Zulassung nachhaltiger Baustoffe und der Anpassung der Regelwerke für die energetische Ertüchtigung des Gebäudebestands aktiv beteiligen.
- Den Leitfaden Nachhaltiges Bauen des Bundes für alle öffentlichen und öffentlich finanzierten Gebäude des Landes verbindlich einführen!
- Die öffentliche Hand mit ausreichend finanziellen Mitteln für die Klimaoptimierung ihrer Gebäude und Freiflächen ausstatten!  
Nur so kann sie ihrer Vorbildrolle gerecht werden und auf lange Sicht die laufenden Kosten und Aufwendungen aus dem Landeshaushalt senken.
- Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) konkretisieren!
- Berlin liegt in einer Region großer Sommertrockenheit. Niederschlagswasser muss durch Versickerung und Verdunstung, durch Dachbegrünung, Fassadenbegrünung und Rückhaltung auf allen Grundstücken klimatisch nutzbar gemacht werden.
- Bäume bilden durch Schatten und Verdunstung mikroklimatische Senken in der verdichteten Stadt. Der Berliner Baumbestand ist systematisch zu pflegen und zu erweitern.

- Auch in Milieuschutzgebieten energetische Sanierungsmaßnahmen und weitere Bestandsverbesserungen ermöglichen, wenn Eigentümerinnen und Eigentümer rechtsverbindlich auf eine Modernisierungsumlage verzichten!
- Bei CO<sub>2</sub>-Neutralität auch an großflächige Einfamilienhausgebiete und ihr Entwicklungspotenzial denken!
- Nicht zuletzt der Lockdown hat veränderte gesellschaftliche Anforderungen an den öffentlichen Raum deutlich gemacht. Eine große Zukunftsaufgabe besteht darin, Verkehrsräume nicht nur für alle Mobilitäts-, sondern auch für alle Aufenthaltsbedürfnisse nachhaltig nutzbar zu machen.
- Das Ziel „Klimaneutralität bis 2050“ im Haushalt verankern, durch ganzheitliche Sanierungsfahrpläne sichern und diese zusammen mit einem kontinuierlichen Monitoring zur Umsetzung des BEK installieren!

## Materialbestand Wohngebäude in Deutschland

**105,4 t/Einwohner**  
davon



## 2. (WOHN-)QUARTIERE MIT QUALITÄT

Die qualitativen Facetten des Bauens sind durch den Boom im Wohnungsbau inzwischen fast untergegangen. In den nächsten Jahren sollten sie wieder gleichberechtigt neben rein quantitative Erwägungen treten. Bauwerke stehen lange, definieren öffentliche Freiräume und geben unserer Stadt ein Gesicht. Berlin darf nicht heute die Problemviertel von morgen bauen, sondern muss vorausschauend und innovativ planen und bauen.

- Nicht nur auf Neubaumengen achten!
- Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit und Qualität gleichberechtigt in den Fokus rücken!
- Die Chancen experimenteller und neuer Konzepte nutzen, die nicht zuletzt Erkenntnisse aus der Pandemie berücksichtigen!
- Statt auf starre Monofunktionalität auf Durchmischung und Nutzungsflexibilität setzen! Neue Baugebiete grundsätzlich als „urbanes Gebiet“ (nach Baunutzungsverordnung) ausweisen!
- Neue Quartiere in hoher Qualität und nach neuesten städtebaulichen, ökologischen und soziologischen Standards entwickeln!
- Qualifizierten Freiflächenplan nutzen, um ökologische Qualitäten zu erhalten oder noch zu steigern!
- Quartiersentwicklungen als Innovationslabore für neue Lösungen im bezahlbaren Wohnungsbau begreifen!
- Dabei demografischen Wandel und innovative Wohn- und Arbeitsformen mitdenken!
- Baugruppen und Baugenossenschaften gezielt mit Grundstücken unterstützen, um die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu entlasten!
- Kleinteiligere und breitere Streuung voranbringen! Berlin braucht mehr Vielfalt in Projektkonzeption, Bauherrenschaft, Grundstückszuschnitten, Vergabe und Miet- und Eigentumsmodellen.
- Bodenpolitik (siehe Seite 12) als Steuerungsinstrument nutzen!



### **Fachkompetenz zur Barrierefreiheit ausbauen!**

Gebäude und Freiräume müssen im demografischen Wandel höhere Ansprüche erfüllen. Auf Barrierefreiheit zu achten, ist in Berlins Verwaltungen in der Regel noch eine Aufgabe der Behindertenbeauftragten. Doch es geht um mehr: Barrierefreies Bauen bedeutet eine Qualitätssteigerung. Eine Umfrage in den Bezirksämtern hat gezeigt: In Sachen Design für Alle besteht dringender Bedarf an Fachwissen und Beratung – bei Bauherinnen und Bauherren, vielen Planenden und in den Verwaltungen selbst.

- Die Beratungsstelle für barrierefreies Planen und Bauen langfristig sichern!
- Diese Kompetenzstelle mit speziell ausgebildeten Fachleuten aus der Planung besetzen!

### 3. VERKEHRSVERBINDUNGEN UND MOBILITÄT AUSBAUEN

Den Umweltverbund aus Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV auszubauen, hat Vorrang – nicht nur in Berlin. Schnelle und praktikable Verbindungen sind entscheidend für eine zukunftsfähige Region.

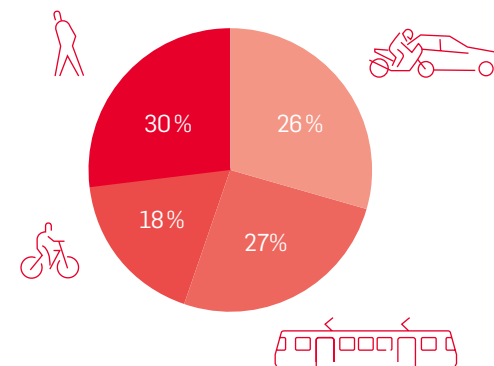
- Radialstrecken und Umsteigepunkte in der gesamten Hauptstadtregion konsequent und schnell ausbauen! Zielfahrplan ist der Deutschlandtakt.
- Querverbindungen der Wohn- und Gewerbestandorte auf der Schiene ausbauen!
- Nahverkehrsangebote anderer Art öffentlich fördern, wo schienen-gebundene Verbindungen nicht möglich sind!
- Die Gestaltung von Verkehrshubs gehört in die Hände qualifizierter Fachleute. Nur wenn diese Knoten auch architektonisch gut gestaltet sind, laden sie die Menschen zum Umsteigen ein.
- Das gilt genauso für die Gestaltung neuer Radwege. Pop-ups sind kein Modell, das auf Dauer trägt.

Das Berliner Mobilitätsgesetz markierte 2018 einen Paradigmenwechsel: weg von der autozentrierten Verkehrsplanung, hin zur integrierten, dem Umweltverbund verpflichteten Mobilität. Das Gesetz liefert Hinweise für eine nachhaltige Stadtentwicklung, indem es auf über- und nachgeordnete Ziele und Planwerke Bezug nimmt und Zielkonflikte benennt. Trotz umfassender und klarer Vorgaben gerade für den Radverkehr bleibt seine Umsetzung bisher hinter diesen Vorgaben zurück.

- Vorgaben des Mobilitätsgesetzes zügig erfüllen!
- Noch offene Teile des Gesetzes schnellstmöglich fertigstellen und dabei die Verbändebeteiligung fortführen!
- Alle noch nicht in Umsetzung befindlichen Infrastrukturvorhaben an die Inhalte des Mobilitätsgesetzes anpassen!
- Planungs- und Gestaltungskompetenz der Fachleute aus Architektur, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung zur Umgestaltung der Verkehrsräume nutzen!
- Strategien für weniger Autos im öffentlichen Straßenraum weiterverfolgen! Davon profitieren Umweltverbund, Verkehrssicherheit und die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen.

- Der öffentliche Raum Berlins muss neu organisiert werden: Mehr Straßenbahnen, E-Busse, Radfahrende, Zu-Fuß-Gehende und weniger Autoverkehr sollen in grün geprägten Verkehrsräumen fair und verträglich koexistieren.
- Verkehrspolitische Ansätze mit Energiepolitik und Stadtentwicklung verzahnen! Auch dort geht es um Quartierslösungen.
- Vorgaben dazu in Ausschreibungen und Vergaben verankern!
- Das Verwaltungshandeln der Bezirke in Sachen Mobilität synchronisieren und die bezirklichen Gremien stärken und vernetzen!
- Das kommunikative Instrumentarium des Senats in Richtung der Bezirke erneuern und stärken!
- Durchgriffsrechte des Senats nicht nur im Einzelfall, sondern strategisch prüfen und konsequent einsetzen!

Modal Split in Berlin 2018



## 4. BODENPOLITIK

---

In attraktiven Lagen Berlins machen Grundstückskosten bereits mehr als 50 Prozent der Entstehungskosten einer Wohnung aus. Wer Bürgerinnen und Bürger mit geringen und selbst solche mit mittleren Einkommen auch morgen noch angemessen mit Wohnraum versorgen will, wer eine attraktive, lebenswerte Stadt mit ausreichender öffentlicher Infrastruktur erhalten und sie an den Klimawandel anpassen will, muss sich deshalb mehr denn je der Bodenfrage stellen. Sie wird zum Schlüssel gemeinwohlorientierter Zukunftsgestaltung. Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik und soziale Wohnungspolitik sind ohne eine aktive und konsistente Bodenpolitik auf allen Verwaltungsebenen nicht machbar. Das öffentliche Eigentum an Grund und Boden ist ein Schatz, mit dem wir sorgsam umgehen müssen. Dazu gehört auch, aus den bisherigen Erfahrungen mit städtebaulichen Verträgen zu lernen. Die Rolle als Grundeigentümerin gibt der öffentlichen Hand weit mehr Steuerungskraft als planungsrechtliche Instrumente allein.

- Öffentliche Flächen optimal nutzen, statt sie schnell, billig und standardisiert zu verbauen!
- Grundstücke im Konzeptverfahren vergeben mit Erbpacht von 90 Jahren!
- Boden- und Infrastrukturfonds einrichten, um der Stadtentwicklung langfristig Spielräume zu erhalten!
- Sondervermögen durch Sacheinlagen bundes- oder landeseigener Grundstücke oder Zuerwerb landwirtschaftlicher oder kirchlicher Grundstücke erweitern!
- Bei der Vergabe öffentlicher Grundstücke und Fördermittel regelgerechte Planungswettbewerbe nach Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) zur Pflicht machen (siehe Seite 21)!
- Prüfen, ob die Vergabestellen diese Pflicht einhalten!
- Größere landeseigene Grundstücke erst nach städtebaulichen Wettbewerben an Bauwillige vergeben und dabei auf Kleinteiligkeit achten!
- Planungsrecht vorbereitende Ideen und Konzepte nicht großen privaten Investorinnen und Investoren überlassen!

## 5. BERLIN UND BRANDENBURG

---

Um die Hauptstadtregion zukunftsfähig zu machen, gilt es, ihre Dynamik und den hohen Veränderungsdruck zu nutzen und zu gestalten. Geschieht das nicht im erforderlichen Maß, werden Berlin und weite Teile Brandenburgs zu einem zersiedelten und gesichtslosen Einerlei – wie in den meisten Agglomerationen Europas und der Welt. Noch lässt sich das verhindern. Es verlangt aber große Anstrengungen beider Länder.

### **Gemeinsame Landesentwicklungsplanung**

Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP-HR) ist ein großer politischer Erfolg. Er setzt einen Rahmen, den es nun mit Leben zu füllen gilt.

- Der LEP-HR muss Gesetzeskraft haben – in Berlin genau wie in Brandenburg.
- Die Umsetzung des LEP-HR in Flächennutzungsplänen und informellen Planungen müssen beide Länder gemeinsam koordinieren.
- Die Bedeutung der gemeinsamen Landesentwicklungsplanung muss gestärkt werden.
- Die Bauordnungen Berlins und Brandenburgs harmonisieren!
- Die gemeinsame strategische Planung und die Ideen aus der Bürgerbeteiligung zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion noch transparenter und öffentlichkeitswirksamer in der Stadtgesellschaft verankern!

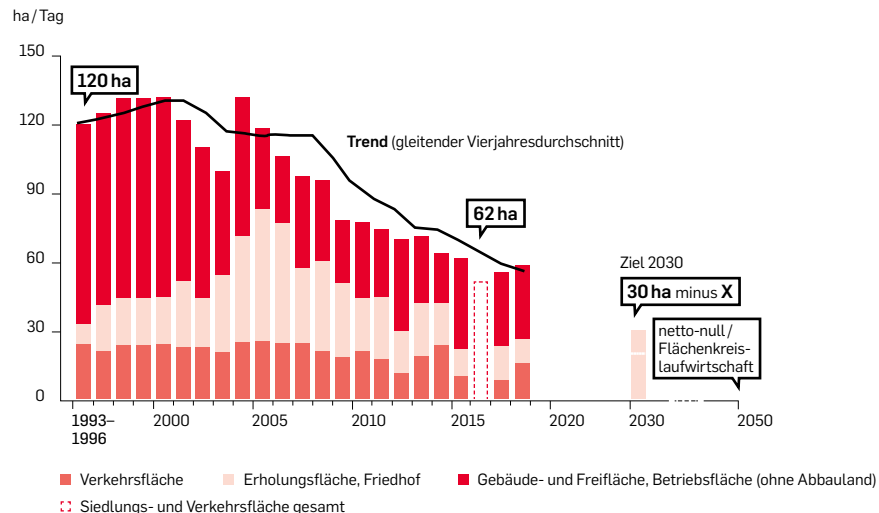
### **Qualität und Anbindung neuer Bebauungsgebiete sichern!**

Jeder scheinbare Trend – sei es Stadt- oder Landflucht, Wachstum oder Schrumpfung – kann sich jederzeit ins Gegenteil verkehren. Niemand hat verlässliche Zahlen zur Zukunft. Dennoch müssen wir schon heute einige Prozesse gezielter steuern. Über neue Baugebiete etwa muss nach langfristigen und gemeinwohlorientierten Kriterien entschieden werden, die gemeinsam mit dem Nachbarland auszuhandeln sind. Die Bodenpreise dürfen dabei weder in Berlin noch in Brandenburg der entscheidende Faktor sein.

- Die Ausweisung neuer Baugebiete verbindlich an eine gute ÖPNV-Anbindung koppeln!
- Eine angemessene Minstdichte vorgeben, um die erwünschte Mischung und leistbare Infrastrukturen sicherzustellen!

- Flächenverbrauch reduzieren oder vermeiden, vorzugsweise bereits bebaute Flächen nutzen und nachqualifizieren!
- Die acht Regionalparks in die Stadt hinein weiterdenken und bei der Ausweisung neuer Baugebiete beachten! Diese grünen Keile sind ein wertvolles Bindeglied zwischen Stadt, Stadtgrün und Naturlandschaft.
- Vorhandene Bausubstanz grundsätzlich weiterverwenden!
- Und auch hier: Bodenpolitik zur Steuerung nutzen (siehe Seite 12)!
- Spekulation darf sich nicht mehr lohnen.
- Alle Instrumente nutzen, um Flächen einer angemessenen Nutzung zuzuführen – sei diese nun Wohnen, Gewerbe, Erholung oder Landwirtschaft.
- Neben der Dichte auch Komplexität, Varianz, Kleinteiligkeit, Biodiversität und Flexibilität in allen neuen Bebauungsplänen festschreiben!
- Bestehende Bebauungspläne nach diesen Kriterien weiterentwickeln!

## Täglicher Zuwachs und Zusammensetzung der Siedlungs- und Verkehrsfläche



## 6. IBA BERLIN-BRANDENBURG

Eine internationale Bauausstellung verknüpft die bauliche Entwicklung mit großen gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen. Jede der beiden IBAs in Berlin – 1957 zum Wohnungsneubau der Nachkriegszeit und 1987 zum behutsamen Umgang mit der Substanz der Stadt – löste ein fundamentales politisches und städtebauliches Umdenken aus. IBAs entstehen (anders als Messen und Festivals) über Jahre hinweg. Sie verbinden Menschen vor Ort und internationale Fachleute in einem kreativen, der Zukunft zugewandten Prozess. Die Initiative dazu haben die Kammern ergriffen. Jetzt ist die Politik am Zug.

- Das innovative und kreative Potenzial unserer Region nutzen, um aus Konflikten neue Konzepte und Ideen zu entwickeln!
- Die großen Themen liegen auf der Hand: von Klima- und Bodenpolitik über regionale Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Nahrungs- und Baustoffproduktion bis hin zu Mobilität und Demografie.
- Die Welt von morgen real anschaulich und begreifbar zu machen, gelingt nur, wenn interdisziplinär und sehr weit in die Zukunft gedacht wird.
- Die IBA braucht die Unterstützung der Politik.
- Sie muss ihre Themen aber unabhängig von parteipolitischen Interessen und in großer Freiheit bearbeiten können.
- Wir müssen beispielhaft und anschaulich zeigen, wie ein kluger Umgang mit dem Boden und baulichen Ressourcen aussehen kann.
- Desolate, übrig gebliebene und untergenutzte Flächen wie Bahngelände, Industrie- oder Militärräume identifizieren und entwickeln!
- Vorhandene Elemente – unabhängig vom Denkmalwert – als Zeitdokumente und Katalysatoren erkennen, statt sie zu beseitigen!
- Nahrungsmittelerzeugung und Energieproduktion, Arbeit, Wohnen und Freizeit zusammendenken!
- Vernetzung und Verbindungen auf realer und digitaler Ebene kombinieren!



## 7. QUALITÄT BRAUCHT KOMPETENZ

Die Architektenkammer Berlin vertritt mehr als 9.500 Mitglieder aus Architektur, Stadtplanung, Landschaftsarchitektur und Innenarchitektur. Sie repräsentiert damit einen gewichtigen Teil der freien Berufe im Cluster Kreativwirtschaft. Die Leistungen ihrer Mitglieder sind entscheidend dafür, zukunftsfähige Lösungen für den Stadtumbau Berlins und der ganzen Hauptstadtregion zu finden. Erst die hohe fachliche Kompetenz und Verantwortlichkeit von Architektinnen und Architekten sichert gestalterische Qualität. Das gilt auch für Beratung und Planung in Sachen Nachhaltigkeit. In gleicher Weise sichern unsere Fachleute aus Stadtplanung und Landschaftsarchitektur die Zukunftsfähigkeit von Berlins Quartieren und Freiflächen.

### **Nicht ohne Architekten und Architektinnen!**

- Berlin muss das kreative Potenzial seiner Fachleute intensiver nutzen als bisher.
- Planung gehört in die Hände derer, die dafür ausgebildet sind.

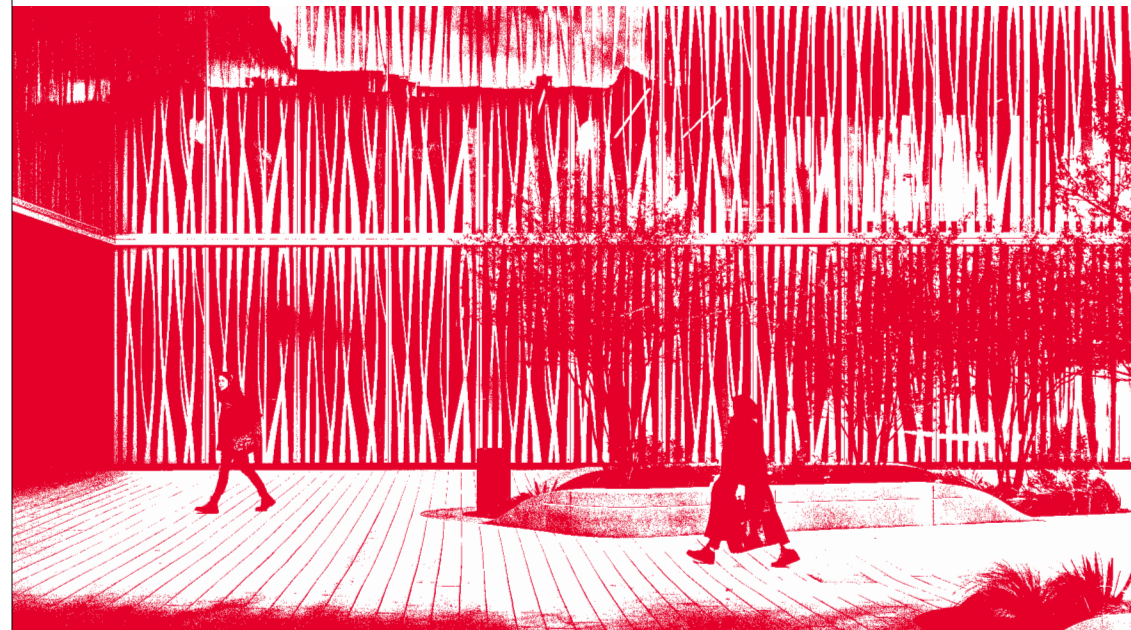
Einen Berufsvorbehalt für die Erbringung von Planungsleistungen vorzusehen, ist ein entscheidender Schritt, um einer durchgängig qualitätsvollen Planung den Weg zu ebnen. Der EuGH hat in seiner Entscheidung zur HOAI explizit auf die Bedeutung von Vorbehaltsaufgaben hingewiesen.

- Berlin muss auf Bundesebene gemeinsam mit anderen Ländern das Ziel verfolgen, einen Berufsvorbehalt für Planungsleistungen einzuführen.

### **Qualität der Berufsausbildung sichern!**

Die Komplexität im Baugeschehen wächst. Planen und Bauen verlangen heute hohe Expertise und ein umfangreiches Fachwissen, das nur gut ausgebildete Planerinnen und Planer mitbringen. Mangelnde Qualifikation gefährdet eine hochwertige, effiziente und kostenbewusste Planung – und damit die Baukultur schlechthin.

- In Architektur, Landschaftsarchitektur, Innenarchitektur und Stadtplanung muss ein vierjähriges Studium Pflicht sein.
- Langfristig muss ein fünfjähriges Studium zur Pflicht werden. In anderen Ländern Europas wird es schon verlangt.
- Die zweijährige Berufspraxis muss Eintragungsvoraussetzung bleiben.
- Berlin muss Kammern und Hochschulen weiter darin unterstützen, geflüchtete und zuwandernde Kolleginnen und Kollegen zu integrieren, ihre Qualifikation zu bewerten und wo nötig auf das deutsche Niveau zu bringen.



## 8. PLANUNG IST WERTVOLL

Berlin braucht Kreativität und Vielfalt im Planungs- und Baugeschehen. Eine qualifizierte Baukultur ist ein öffentliches Gut, das sich unmittelbar in unserer gebauten Umwelt niederschlägt. Bauwerke, Parks und öffentliche Räume prägen unsere Stadt und unser Leben oft 100 Jahre und länger.

### Durch auskömmliche Honorare Planungsqualität sichern!

Nach dem EU-Entscheid zur Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) droht ein zügelloser Preiswettbewerb und als Folge ein Qualitätsverfall der Planung. Die Entwicklung in Österreich und der Schweiz zeigt, dass viele kleinere und mittlere Büros dem nicht standhalten können. Berlin ginge damit viel wertvolles kreatives Potenzial und planerische Vielfalt unwiederbringlich verloren. Einhaltung gebietet kann dem nur die Bereitschaft der Auftraggeberseite, qualitätsvolle Planung auch auskömmlich zu honorieren.

- Kein Unterschreiten der Basishonorarsätze bei öffentlichen Bauvorhaben!
- Kein Unterschreiten der Basishonorarsätze bei Bauvorhaben landeseigener Gesellschaften!
- Vergaben müssen sich im Rahmen der HOAI-Orientierungswerte bewegen.
- Planungsleistungen für öffentlich finanzierte Projekte grundsätzlich im Leistungs- statt im Preiswettbewerb vergeben!
- Bei öffentlichen Vergaben die Parameter im Rahmen der HOAI vorab festlegen! Eine solche Vorgabe der grundlegenden Honorarparameter wie Honorarzone und Basissatz hat sich in Berlin bewährt.
- In Verhandlungsverfahren verlangte Planungsleistungen müssen gemäß bestehender Honorarordnungen vergütet werden.
- Die Einhaltung dieser Pflicht muss durch Architekten- und Baukammer geprüft werden.

### HOAI novellieren!

Zum 1. Januar hat die Bundesregierung die HOAI europarechtskonform angepasst. Berlin muss sich nun auf Landes- und Bundesebene dafür stark machen, in einer weiteren Novellierung auch andere überholte Inhalte schleunigst zu ändern.

- Neue Leistungsbilder wie Building Information Modeling (BIM)-Planungsleistungen in der HOAI ergänzen!
- Die veralteten Honorartabellen aktualisieren! Sie stammen von 2013.
- Basis der Aktualisierung muss eine empirische Erhebung der allgemeinen Preisentwicklung sein.

### Weitere Aufgaben zur Honorarfindung und -absprache

- Berlin muss die HOAI-Clearing-Stelle wieder aufbauen. So lassen sich Konflikte früh klären und Rechtsstreitigkeiten vermeiden.
- Masterpläne, Rahmenpläne und andere informelle Leistungen der Stadt- und Landschaftsplanung, die oft mit intensiver Partizipation einhergehen, werden für eine lebenswerte Stadt immer wichtiger. Um ein Bewertungsverfahren und angemessene Honorierungen dafür abzustimmen, stehen Berliner Stadtplanungsbüros seit Jahren im Dialog mit den Bezirken und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Das Land muss die Beteiligten bei dieser Aufgabe unterstützen.



### **Durch weitsichtige Vergaben das Ergebnis steuern!**

Architektinnen und Architekten wahren im gesamten Bauprozess die Interessen ihrer Bauherrinnen und Bauherren. Das gilt auch für die Vergabe der Bauleistungen. Gebündelte Verfahren hebeln diese Sachwalterschaft aus. Generalübernahmen, öffentlich-private Partnerschaften und andere Partneringmodelle nehmen Bauherrinnen und Bauherren ihren Einfluss auf Bauwerk und Baukosten. Sie öffnen Kostennachträgen ebenso Tür und Tor wie Qualitätsminderungen zur Profitsteigerung. Am Ende werden wenige große Firmen die Preise diktieren.

- Planungsleistungen für die öffentliche Hand nach Qualität statt nach vordergründigem Preis vergeben!
- Planungs- und Bauleistungen getrennt vergeben!
- Den Einfluss der Planungsseite auf Ausführungsqualität und Wirtschaftlichkeit erhalten!

Planungs- wie Baugewerbe sind in Berlin zu 90 Prozent mittelständisch organisiert. Dieses Potenzial wird durch gebündelte Verfahren ebenfalls verspielt – und droht am Ende ganz zu verschwinden. Nicht ohne Grund schreibt das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vor, mittelständische Interessen zu schützen (§ 97 Absatz 4). In Vergaben der Bauverwaltungen und der städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird das derzeit wiederholt missachtet – vor allem im Schul- und Wohnungsbau. Gerade jetzt, wo viel gebaut werden müsste, bleiben damit 90 Prozent der Ressourcen Berlins ungenutzt. Diese Fehlentwicklung muss die Politik dringend korrigieren. Es ist ihr ureigenes Interesse, dass ihre Gesetze beachtet werden.

- Missachtung des Gebots zur mittelstandsfreundlichen Vergabe stoppen!
- Leistungen im Schul- und Wohnungsbau fachweise und in Teillosen vergeben! Nur das ist GWB-konform.
- Den Leistungswettbewerb erhalten! Der Bund sieht das für seine Verträge auch bei Unterschwellenvergaben bereits vor. Öffentliche Stellen müssen dazu ihre Vergaben nach klaren Qualitätskriterien aufstellen. Den Vergaben vorgeschaltete Planungswettbewerbe sind der beste Weg dahin.

### **Mehr (offene) Wettbewerbe!**

In der nächsten Legislaturperiode steht erneut ein gewaltiges Bauvolumen an. Eine starke Wettbewerbskultur ist das beste Mittel, dieses Volumen zu bewältigen. Wettbewerbe führen alle Anforderungen und Interessen bereits in der Entwurfsphase zusammen. Das spart spätere Irrwege. Wettbewerbe schaffen von Beginn an Transparenz, ermöglichen Partizipation und sichern so langfristig die soziale Integrität unserer Stadtquartiere. In einem offenen Wettbewerb gilt das Prinzip der Anonymität. Jeder Entwurf wird so ohne Ansehen der Person bewertet. Das ist ein Garant für mehr Diversität und Chancengleichheit.

Der Bauherrin Berlin ebnen Wettbewerbe den Weg, früh ihre politischen Ziele durchzusetzen und auf die Kosten Einfluss zu nehmen. Vergaben ohne Planungswettbewerb sind dagegen immer ein Blindflug. In ihnen wird nicht ein Konzept, sondern nur ein Büro ausgewählt. Der eigentliche Planungs- und Abstimmungsprozess schließt sich erst an – mit ungewissem Ausgang.

- Berlin braucht dringend mehr offene Planungswettbewerbe!

Die öffentlichen Bauherrinnen und Bauherren sind dabei Vorbild für Private.

- Bauvorhaben der öffentlichen Hand wo immer möglich im geregelten Wettbewerb nach Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) ausschreiben! Ausnahmen müssen begründet werden.
- Offene Wettbewerbe müssen Vorrang vor zugangsbeschränkten haben. So erhält man gleich zu Beginn eines Verfahrens ein größtmögliches Spektrum guter Entwürfe.
- Über Teilnahme und Zuschlag dürfen nicht Zugangskriterien entscheiden, sondern die Qualität der eingereichten Planungsleistung.
- Auf Eignungskriterien wie Mindestumsätze oder Beschäftigtenanzahl verzichten! Solche unnötig hohen Hürden verschenken wertvolles Innovationskapital.

### **Mehr Qualitätssicherung!**

Auch wo Planungsleistungen außerhalb regulärer Planungswettbewerbe vergeben werden, sollte die Kammer vor Beginn prüfen, ob das Verfahren vergaberechtskonform und transparent, der Auswahlprozess fair und die verlangten Eignungsnachweise angemessen sind. Spätere Zeitverluste durch Rügen und Verfahrensfehler lassen sich durch eine solche Qualitätskontrolle vermeiden.

- Architekten- und Baukammergesetz (ABKG) novellieren, um die Kammer zu ermächtigen, nicht nur Wettbewerbs-, sondern auch Verhandlungsverfahren beratend zu begleiten!
- Veröffentlichung und Transparenz bei unterschwelligen Vergaben von Planungsleistungen zur Pflicht machen!
- Veröffentlichung und Transparenz auch bei Wettbewerben zur Kunst am Bau und zur Kunst im öffentlichen Raum zur Pflicht machen!

Baukollegium, Landesdenkmalrat und weitere Beratungsgremien sichern Qualität. Keins dieser Gremien ersetzt indes ein ordentliches Wettbewerbsverfahren!

- Aufgaben und Kompetenzen aller Beratungsgremien eindeutig definieren!
- Diese Aufgaben transparent kommunizieren und öffentlich machen!
- Beratungsgremien zur Gestaltung sollten grundsätzlich nur zu Planungswettbewerben nach RPW raten.
- Auch auf Bezirksebene Beiräte für Denkmalschutz und Gestaltung einrichten oder existierende Gremien wie Bauausschüsse durch fachliche Kompetenz erweitern!

### **Impressum**

#### **Herausgeber & Redaktion**

Architektenkammer Berlin  
Alte Jakobstraße 149  
10969 Berlin

#### **Redaktionsschluss**

April 2021

#### **Quellen**

Bild Seite 4: Tempelhofer Feld, Foto: Erik-Jan Ouwerkerk, grafisch bearbeitet  
Grafik Seite 7: Baukultur Bericht 2018/19, Bundesstiftung Baukultur  
Bild Seite 9: Nachverdichtung Paul-Zobel-Straße, Berlin, Heide & von Beckerath Architekten, Foto: Erik-Jan Ouwerkerk, grafisch bearbeitet  
Grafik Seite 11: Baukultur Bericht 2020/21. © Bundesstiftung Baukultur; Design: Heimann + Schwantes, aktualisiert laut: [www.berlin.de/sen/uvk](http://www.berlin.de/sen/uvk)  
Grafik Seite 14: Besser bauen in der Mitte © Bundesstiftung Baukultur; Design: Heimann + Schwantes, aktualisiert laut: [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)  
Bild Seite 17: Fassade Berliner Institut für Medizinische Systembiologie, Staab Architekten, Foto: Erik-Jan Ouwerkerk, grafisch bearbeitet

ARCHITEKTEN  
KAMMER  
BERLIN

ALTE JAKOBSTRASSE 149  
10969 BERLIN

T 030.293307 0

F 030.293307 16

KAMMER@AK-BERLIN.DE  
WWW.AK-BERLIN.DE

